

vita well
DIE GESUNDHEITSMESSE
mit freundlicher Unterstützung von:
Klinikum Crailsheim und Stadt Crailsheim

18./19. März 2017
Sa. 10–16 Uhr / So. 11–16 Uhr
Hangar Crailsheim
im Fliegerhorst 2

Veranstalter:
SÜDWEST PRESSE Hohenlohe GmbH & Co. KG
Verlagsbetrieb Hohenloher Tagblatt

Mehr Geld fürs Neue Globe: Haller Gemeinderat erhöht den Zuschuss – Seiten 9, 10

Haller Tagblatt

AMTSBLATT FÜR DEN KREIS



SCHWÄBISCH HALL · GEGRÜNDET 1788

Im Verbund der

SÜDWEST PRESSE

Mittwoch, 8. März 2017 · 1,90 €

Stadt & Region



„Königin der Nacht“ statt Pädagogin

Obersontheim. Yasmin Özkan studierte erst auf Lehramt und wurde dann Sängerin. Die 29-Jährige trat in der Mailänder Scala als „Königin der Nacht“ in Mozarts „Zauberflöte“ auf. **Menschen Seite 11**

Raubüberfall: Heiße Spur fehlt noch immer

Mainhardt. Der Überfall auf den Netto-Markt im Juni 2016 wurde vor einer Woche bei „Aktenzeichen XY ungelöst“ vorgestellt. 30 Hinweise gingen seither bei der Haller Kripo ein. **Kreisgemeinden Seite 18**

Hall kann aus eigener Kraft deutscher Meister werden

Erfurt. Die Schachfrauen des SK Schwäbisch Hall gewinnen in der Bundesliga zweimal mit 6:0. Nun stehen sie gemeinsam mit Rodewisch an der Spitze. **Sport Seite 27**



Die Spielerinnen analysieren gemeinsam ihre Partien. Foto: tm

Heute auf swp.de

Bilder zur Gemeinderatssitzung in Schwäbisch Hall
www.swp.de/sha/bilder

Tanztheater Performance im Haller Alten Schlachthaus
www.swp.de/sha/bilder

Wetter bei uns

Die nächste Ekelattacke der Wetterküche: Am Vormittag scheint zwar die Sonne, doch am Nachmittag zieht es zu mit länger anhaltendem Regen bei Werten zwischen 7 und 10 Grad.

Vor 1 Jahr: 4,8 Grad
Vor 10 Jahren: 11,4 Grad

ANDREAS NEUMAIER, STATISTIK MARTIN MELBER

So erreichen Sie uns:
Abo-Service: 0791 404-360
aboservice.sho@swp.de
Anzeigen: 0791 404-260
anzeigen.hata@swp.de
Redaktion: 0791 404-410
redaktion.hata@swp.de
HT-Shop: 0791 404-0
ht-shop@swp.de
TicketService: 0791 404-121
swp.de/hallertagblatt

74503 Schwäbisch Hall, Postf. 100350
Nummer 56 · 230. Jahrgang · E 3385



4 190338 501907



Kongress-Teilnehmer aus aller Welt diskutieren über Rechte der Kleinbauern

Zum Auftakt des internationalen Kongresses „Global Peasants Rights“ hat Rudolf Bühler, Vorsitzender der Stiftung Haus der Bauern, am Dienstagabend auf Schloss Kirchberg zum „Organic Forum“ als Redner den Präsidenten des Club of Rome, Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker, begrüßt. Der eigentliche Kongress über die Rechte von Kleinbauern beginnt heute im Haller Neubau.

Auf dem Bild von links: Cristina Bühler, Rudolf Bühler, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hartmut Vogtmann und Juma Ali Juma.

Mehr dazu morgen

Grün-Schwarz befriedet Streit um Abschiebungen

Migration Die Landesregierung zwingt Flüchtlinge aus Afghanistan weiterhin zur Ausreise, doch will sie Einzelfälle besser prüfen. *Von Axel Habermehl*

Im Streit um Abschiebungen nach Afghanistan hat Baden-Württembergs Landesregierung einen Kompromiss geschlossen. Nach Angaben von Innenminister Thomas Strobl (CDU) und Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz einigten sich Vertreter der Koalition gestern bei einem eigens zu diesem Thema angesetzten Koalitionsausschuss am Dienstagmorgen auf einige Punkte.

Wichtigste Nachricht: Die Abschiebungen werden nicht gestoppt, wie es viele Grüne verlangen. Das Land bringt

„vollziehbar ausreisepflichtige Personen“ weiterhin nach Afghanistan zurück. Vorher sollen die zuständigen Behörden aber jeden Einzelfall besonders sorgfältig prüfen.

Außerdem will sich das Land beim Bundes-Außenministerium dafür einsetzen, dass Abgeschobene, die in aller Regel nach Kabul geflogen werden, dort nicht sich selbst überlassen werden, sondern durch die Internationale Organisation für Migration (IOM) „eine angemessene Betreuung bis zum jeweiligen Bestimmungsort“ bekommen.

Das bei Abschiebungen federführende Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe soll künftig bei allen lediglich geduldeten Personen, also nicht nur bei Afghanen, prüfen, ob drei Ausnahmeregelungen im Aufenthaltsgesetz auf sie zutreffen. Diese zielen besonders auf gut integrierte Migranten, die schon lange in Deutschland leben und hier eine Ausbildung absolvieren oder ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten.

Trifft einer dieser drei sehr umfangreichen Ausnahme-Paragraphen zu, soll das RP die be-

troffenen Personen von sich aus aktiv darauf hinweisen, dass sie auf diesem Weg Chancen hätten, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

In der Bewertung der erreichten Einigung waren sich die Koalitionäre gestern uneinig. Während Innenminister Strobl darauf hinwies, dass sich weder an der grundsätzlichen Rechtslage noch am konkreten Behördenhandeln etwas ändere, sprach Grünen-Fraktionschef Schwarz von einem „Fortschritt für eine humanitäre und pragmatische Flüchtlingspolitik“.

De Maizière verteidigt Anti-Terror-Übung

Sicherheit Opposition kritisiert gemeinsames Training von Bundeswehr und Polizei.

Berlin/Stuttgart. Angesichts der hohen Bedrohungslage hält Bundesinnenminister Thomas de Maizière die am Dienstag gestartete gemeinsame Anti-Terror-Übung von Bundeswehr und Polizei für dringend geboten. Ein solches Zusammenwirken müsse geprobt werden, sagte der CDU-Politiker. „Die Räder müssen ineinander greifen. Die Meldewege müssen funktionie-

ren. Die Stäbe müssen voneinander wissen, was zu tun ist.“

Bei der Großübung in sechs Bundesländern, unter ihnen Baden-Württemberg und Bayern, werden mehrere Anschläge über einen längeren Zeitraum simuliert – allerdings nur in der Theorie. Dabei werden Kommunikation, Koordination und Alarmketten getestet. An der Übung sind 360 Soldaten betei-

ligt. Sie dürfen dabei im Inland erstmals hoheitliche Aufgaben übernehmen, für die das Grundgesetz enge Grenzen steckt. De Maizière versicherte, die verfassungsmäßigen Beschränkungen würden selbstverständlich eingehalten.

Die innenpolitische Sprecherin der Linken, Ulla Jelpke, beklagte, Bund und Länder beweg-

ten sich an der „Grenze zum Verfassungsbruch“. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, nannte die Übung verantwortungslos. „Mit der gemeinsamen Übung wird auf unverantwortliche Weise der Grundsatz in Frage gestellt, dass die innere Sicherheit Hoheitsaufgabe der Polizei ist.“ **dpa**

Bart ab, Helm auf!

„Bart ab!“ – mit diesem aufsehenerregenden Appell rief eine Feuerwehr-Chefin ihre Kollegen in Hessen auf, regelmäßig zum Rasierer zu greifen. Denn das Tragen von Atemschutzmasken und modischen Bärten verträgt sich nicht. Die Masken müssen eng anliegen – das ist überlebenswichtig.

Mehr als einen Monat nach dem schlagzeilenträchtigen Aufruf sieht Kreisbrandinspektorin Tanja Dittmar aus Bad Hersfeld den Wildwuchs gebändigt: „Es hat viel gebracht. Einige Bartträger greifen nun häufi-

ger zum Rasierer. Vor allem haben wir auf das Problem hingewiesen und eine Diskussion angestoßen. Das Thema war einige Zeit in aller Munde.“

Der Sprecher des Landesfeuerwehrverbands Hessen, Holger Schönfeld, erläuterte den durchaus ersten Hintergrund: „Die Vorschrift, dass die Träger von Atemschutzgeräten keine Bärte tragen dürfen, dient dem Eigenschutz.“ Sonst könn-

ten durchdringende toxische Gase zu Gesundheitsschäden führen. Dittmar warnt: „Es hat schon Todesfälle wegen undichter Masken bei Bartträgern gegeben.“

Wer bei Übungen der Freiwilligen Feuerwehr mit einem Bart antritt, muss wieder nach Hause geschickt werden – und kann auch im Ernstfall nicht helfen. Nach dem Rasur-Appell heißt es nun: „Bart ab, Helm auf!“ **dpa**



SPORT AKTUELL

Champions League

Bayern München steht im Viertelfinale der Königsklasse. Die Münchner gewannen bei Arsenal London 5:1. Lewandowski, Robben, Douglas Costa und zwei Mal Vidal trafen. Auch das Hinspiel war 5:1 ausgefallen. Auch Real Madrid steht nach einem 3:1 in Neapel in der Runde der letzten Acht. Heute spielt Dortmund gegen Lissabon.

Kommentar
Christoph Faisst
zur gemeinsamen
Anti-Terror-Übung



Ideologische Debatte

Polizei und Bundeswehr üben erstmals gemeinsam im Inland. Bis vor kurzem war das undenkbar, so undenkbar wie die Terroranschläge, auf die sich die Einsatzkräfte vorbereiten. Letzteres nehmen jene Politiker nicht zur Kenntnis, die in links-grünen Reflexen eine Militarisierung der Innenpolitik wännen, wo es nur darum geht, dass Soldaten Aufgaben wahrnehmen, für die die Polizei nicht oder nur zum Teil ausgerüstet ist – etwa im Umgang mit atomaren, biologischen oder chemischen Kampfstoffen.

Dass die Aufgaben von Armee, Polizei und Geheimdiensten in Deutschland strikter aufgeteilt sind als in anderen Staaten, ist der besonderen historischen Erfahrung geschuldet. Es ist richtig, alle Versuche, dieses Trennungsgesetz aufzuweichen, genau unter die Lupe zu nehmen – Anlass dazu bietet der Grundrechtsabbau der vergangenen 15 Jahre zur Genüge. Der in dieser Hinsicht unverdächtigen Bundeswehr zu unterstellen, ihre Hilfe entspringe einem Misstrauen gegenüber der Polizei, zeigt, wie ideologisch aufgeladen die Debatte ist. Denn wenn etwas nicht zum Aufreger taugt, dann diese Übung. Ausnahmsweise.

Mord an 9-Jährigem

Verbrechen Polizei sucht jungen Mann nach Blutat in Herne.

Bochum. Ein 19-Jähriger hat in Herne offenbar einen neunjährigen Nachbarsjungen erstochen und sich anschließend mit der Tat im Internet gebrüht. Der flüchtige Tatverdächtige veröffentlichte ein Video im sogenannten Darknet, einem abgeschirmten Teil des Internet, wie ein Polizeisprecher in Bochum mitteilte. Nach dem Leichenfund am Montagabend leitete die Polizei umgehend eine Fahndung nach dem 19-Jährigen ein, die jedoch zunächst erfolglos blieb. Die Polizei warnte, dass der Mann möglicherweise gefährlich sein könnte. **afp**
Blick in die Welt

Tanzperformance Im Schlachthaus

Seite 14



Sabine Krafts
Schülerinnen
zeigen drei
ausverkaufte
Shows